

Ursula Prutsch

Populismus in den USA und Lateinamerika



VSA:

Ursula Prutsch
Populismus in den USA und Lateinamerika

Ursula Prutsch ist Professorin für die Geschichte der USA und Lateinamerikas am Amerika-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Ursula Prutsch
Populismus in den USA
und Lateinamerika

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA-Verlag 2019, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

ISBN 978-3-96488-001-7

Inhalt

| | |
|-------------------------|---|
| Einleitung | 7 |
|-------------------------|---|

Teil 1

| | |
|----------------------------------|----|
| Was ist Populismus? | 13 |
|----------------------------------|----|

| | |
|---|----|
| Krise, Stillstand, Angst | 15 |
| (Wieder)-Gewinnung individueller Souveränität | 16 |
| (Wieder)-Gewinnung nationaler Souveränität | 18 |
| Inklusion und Exklusion | 19 |
| »Das Volk« und die Demokratie | 22 |
| »Das Volk« versus Eliten und Experten | 24 |
| Populismus als Gegen-Bewegung | 26 |
| Das Prinzip der unversöhnlichen Welten: | |
| Demagogie und Polarisierung | 27 |
| Medien, Verschwörungstheorien und Fake News | 29 |
| Charisma, Herkunft und Persönlichkeit | 32 |

Teil 2

| | |
|------------------|----|
| USA | 35 |
|------------------|----|

Kapitel 1

| | |
|---|----|
| Andrew Jackson – ein früher Populist | 36 |
|---|----|

Kapitel 2

| | |
|---|----|
| Die People's Party – eine populistische Graswurzelbewegung | 46 |
|---|----|

Kapitel 3

| | |
|--|----|
| Franklin D. Roosevelts New Deal und Huey Long | 58 |
|--|----|

Kapitel 4

| | |
|---|----|
| Rechter Populismus, Anti-Kommunismus und Wohlfahrtsstaat im Kalten Krieg | 67 |
|---|----|

Kapitel 5

| | |
|---|----|
| Die Neue Rechte, das Tea Party Movement und Steve Bannon | 81 |
|---|----|

| | |
|--|-----|
| Kapitel 6 | |
| #OccupyWallStreet und Bernie Sanders – linker Populismus? | 91 |
| Kapitel 7 | |
| Donald Trump | 98 |
| Teil 3 | |
| Lateinamerika | 113 |
| Kapitel 1 | |
| Populismus in Lateinamerika | 114 |
| Kapitel 2 | |
| Autoritärer Rechtspopulismus in Brasilien: Getúlio Vargas, Jair Bolsonaro | 122 |
| Kapitel 3 | |
| Populismus im Doppelpack: Peronismus in Argentinien | 137 |
| Kapitel 4 | |
| Neoliberaler Populismus: Alberto Fujimori in Peru | 148 |
| Kapitel 5 | |
| Sozialistischer Populismus: Hugo Chávez in Venezuela | 158 |
| Kapitel 6 | |
| Öko-Populismus: Rafael Correa in Ecuador | 168 |
| Kapitel 7 | |
| Ethno-Populismus: Evo Morales in Bolivien | 174 |
| Fazit und Ausblick | 183 |
| Verwendete Literatur..... | 189 |

Einleitung

»Und solange nicht der Moment kommt, dass wir, die Amerikaner [...] nicht akzeptieren können [...], dass wir auf diesem Kontinent eine neue Identität anstreben müssen, für die wir uns gegenseitig brauchen [...], solange besteht kaum Hoffnung auf den amerikanischen Traum. Denn die Menschen, denen die Teilhabe daran verweigert wird, werden ihn durch ihre schiere Anwesenheit zerstören.«

James Baldwin, 1965

Mit der Wahl von Donald Trump zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten ist Populismus aus den öffentlichen Debatten nicht mehr wegzudenken, hat er doch seine Wurzeln in den USA. Dort entstand im späten 19. Jahrhundert eine Bewegung, die sich selbst als *People's Party* bezeichnete. Während Trump Teil eines globalen rechtspopulistischen Trends ist, werden die Aktivisten-Plattform #OccupyWallStreet und Bernie Sanders mit seiner revolutionären Reform der US-amerikanischen Politik auch als »linkspopulistisch« etikettiert. Freilich haben sich die Kontexte im Laufe von 120 Jahren verändert und damit auch die Definitionen, was unter Populismus zu verstehen ist.

Die politische Linke auf beiden Seiten des Atlantiks hat in den letzten Jahren darüber diskutiert, ob dem »rechten Populismus« als effiziente Abwehrstrategie vielleicht ein »linker Populismus« entgegensetzen sei. Hierbei fiel der Blick auf den amerikanischen Subkontinent, wo charismatisch wahrgenommene Persönlichkeiten wie Hugo Chávez in Venezuela, Evo Morales in Bolivien und Rafael Correa in Ecuador eine Politik sozialer Gerechtigkeit zu verwirklichen trachteten – um nur die jüngsten historischen Entwicklungen zu nennen. Dabei fällt auf, dass Medien und Wissenschaftler, die keine Lateinamerika-Expertise haben, politisch links eingestuften Politikern rasch das Populismus-Mäntelchen umhängen. Freilich ist die Einschätzung, wer nun in Lateinamerika populistisch war oder ist, und, ob man gar von einem lateinamerikanischen Spezifikum des »Ethno-Populismus« sprechen kann, nicht immer einfach zu treffen, sind doch die Staaten und damit auch die Facetten des Populismus sehr vielfältig. Deshalb haben mich die aktuellen Debatten bewogen, aus meiner zentraleuropäischen Perspektive der (Latein)-Amerikanistin unterschiedliche Populismen in ihren historischen Dimensionen und regionalen Varianten zu analysieren.

Der erste, den USA gewidmete Teil des Bandes setzt nicht erst bei der *People's Party* ein, sondern geht in die *Jacksonian Era* der 1830er Jahre zurück. Denn es war Donald Trump, der das Porträt des streitbaren Präsidenten Andrew Jackson ins Oval Office des Weißen Hauses hängen ließ, da er ihn als ersten »Präsidenten des Volkes« sieht. Der Amerikanische Bürgerkrieg

und seine dramatischen Folgen führten zu basisdemokratischen Selbsthilfegruppen, die schließlich in die *People's Party* mündeten. Sie war emanzipatorisch und bot Frauen erstmals eine Plattform für politische Selbstermächtigung an. Ihre Führungspersonlichkeiten, der charismatische Weststaatler William Jennings Bryan und der rassistische Südstaatler Tom Watson repräsentieren allerdings in Teilen die dunkle Seite dieses populistischen Reformismus – von der US-amerikanischen Linken wird dies gerne unter den Teppich gekehrt.

Populismus gehörte auch im 20. Jahrhundert zur politischen Landschaft. Nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 war es Huey Long aus Louisiana, der mit dem Slogan »Every Man a King« vielen »kleinen Leuten« aus der Seele sprach und sich zum Gegenspieler des Präsidenten Franklin D. Roosevelt aufschwang, des Hauptarchitekten des New Deal. Im Kontext der 1930er Jahre wurde der frühe Populismus erstmals wissenschaftlich analysiert und als Modernisierungsbewegung verstanden. Dies änderte sich nach dem Zweiten Weltkrieg grundlegend. Unter dem Eindruck des Nationalsozialismus und seiner Fähigkeit, die Massen mit Macht zu verführen, und unter dem Eindruck der Kommunistenverfolgungen in den USA wurde die *People's Party* nun ganz anders interpretiert – als protofaschistische Bewegung radikaler, aber rückwärtsgerandter Politiker aus dem Hinterland.

Die Bürgerrechtsbewegung und die Neue Linke mit ihrer freiheitsbetonten, provokanten Hippie- und Popkultur entwickelten die Politiken des New Deal weiter. In ihrer Kritik am Imperialismus der USA in Asien und Lateinamerika besannen sie sich der »kleinen Leute« und der nationalen Minderheiten. In diesem Umfeld entfalteten sich mit der verschwörungstheoretischen *John Birch Society* und dem Gouverneur von Alabama, George Wallace, jedoch neue Formen des Rechtspopulismus. Dieser erhielt Jahrzehnte später im *Tea Party Movement* und Steve Bannon nationale Wirkmächtigkeit. Durch sie gelangten plötzlich extrem rechte Gruppierungen wie die Alt-Right, beflügelt von der Macht sozialer Medien, an die Oberfläche.

Der USA-Teil schließt mit einer ausführlichen Analyse der aktuellen US-Politik und fragt danach, ob Donald Trump überhaupt noch in den Kontext der Populist Party gestellt werden kann, oder nicht viel mehr als personifiziertes Krisenphänomen eines globalen Rechtspopulismus firmiert.

Der zweite Teil des Bandes widmet sich den vielfältigen Facetten des Populismus in Lateinamerika. Der Subkontinent wird aus Modernisierungs- und Westernisierungs-Diskursen oftmals ausgespart. Doch Lateinamerika ist ein Teil des Westens und des globalen Südens zugleich. Allerdings kann nicht oft genug betont werden, dass Lateinamerika nie eine politische Einheit war, nicht einmal gegenüber den USA, wie das Beispiel Brasilien zeigen

wird. Die Weltwirtschaftskrise von 1929 setzte auch auf dem Subkontinent Umwälzungen in Gang. Neue Machthaber attackierten den Wirtschaftsliberalismus, weil er stets die Interessen einer weißen Elite bedient habe. Die Bedürfnisse der nicht-weißen Mehrheitsgesellschaften waren, so der berechtigte Vorwurf, völlig außer Acht gelassen worden. Seit den 1930er Jahren kamen in Lateinamerika populistische Bewegungen mit ihrem Ruf nach »neuen Menschen« in »neuen Ordnungen« an die Macht. Ihre Führungspersönlichkeiten bezeichneten sich selbst allerdings nicht als Populisten.

Das perfekte Zusammenspiel von Juan und Eva Perón in Argentinien gilt als Modell eines lateinamerikanischen Populismus. Dem fälschlich oft als Linkspopulismus etikettierten Regime war ein ähnliches Regime in Brasilien vorangegangen, das im Unterschied zu den meisten anderen Populismen intellektuelle Eliten geschickt einzubinden verstand. Beide, der Peronismus und das Vargas-Regime, setzten auf nationalistische Politiken, auch in der Wirtschaft.

Dass Populismus aber auch in Verbindung mit neoliberalen Ökonomien funktionieren kann, zeigt das Beispiel von Alberto Fujimori in Peru und jüngst jenes von Jair Messias Bolsonaro in Brasilien. Die seit der Jahrtausendwende etablierten Politiken von Hugo Chávez in Venezuela, Evo Morales in Bolivien und Rafael Correa in Ecuador werden gelegentlich mit dem Etikett des »Ethno-Populismus« versehen, wenn dies auch nur auf Bolivien zutrifft. Unbestritten ist, dass diese jüngsten linkspopulistischen Systeme gerade bei der politischen Linken große Sympathien hervorgerufen haben. Hugo Chávez' venezolanischer Bolivarianismus galt manchen Beobachtern lange als vielversprechendes Experimentierfeld für einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts oder sogar für einen »guten Populismus«. Das Interesse an Chávez symbolisiert, dass gerade der Süden des amerikanischen Kontinents seit seiner zufälligen »Entdeckung« durch Christoph Kolumbus für die Europäer immer wieder ein Ort von Utopien war und die Vorstellungen nährte, dass Europa vom pluriethnischen Lateinamerika mit seinen naturverbundenen indigenen Völkern lernen könne. Darauf, dass nicht alle Indigenen »vormodern« sind, soll hier ebenfalls hingewiesen werden.

Warum ein vergleichender Blick auf den Norden und Süden Amerikas gleichermaßen lohnt, ist deren konfliktbehaftete Geschichte mit ihren mannigfaltigen Vereinnahmungen und Abgrenzungen. Denn der Doppelkontinent war seit der Mitte des 19. Jahrhunderts durch ein zunehmend machtbewusstes Ausgreifen der USA in den Süden gekennzeichnet. So hatten die zunächst schwachen USA mit der Monroe-Doktrin von 1823 zwar noch erklärt, die »Brüder im Süden« solidarisch vor europäischen Expansionen schützen zu wollen. Doch um 1900 firmierten die Staaten südlich des Rio

Grande für den »Koloss im Norden« zwar als kulturell rückständige, doch reiche Rohstoffreservoirs.

Der ideologische Motor für diese US-Außenpolitik war das Konzept des sogenannten *Manifest Destiny* – ein Begriff, der 1845 geprägt wurde. Er beruht auf dem Selbstverständnis der Vereinigten Staaten, außergewöhnlich (exzeptionalistisch) und damit zur politisch-missionarischen Zivilisierung anderer Völker und Ethnien vorherbestimmt und berufen zu sein. »Manifest Destiny« schließt Rassismus und Überheblichkeitsdenken einer weißen und vorwiegend protestantischen »Leitkultur« anderen Ethnien gegenüber ein. Gerade deshalb ist Antiamerikanismus (gemeint sind natürlich die USA) für die Populisten Lateinamerikas ein Kernelement in ihrer Kultivierung des äußeren Feindes. Dabei mussten die USA gelegentlich auch als Sündenbock für eigene verfehlte Politiken herhalten, gerade dann, wenn populistische Regierungen selbst in die Krise gerieten.

Amerika – USA – Lateinamerika

Eigentlich wäre es historisch korrekt, diesen Band mit dem Titel »Populismus in Amerika« zu versehen. Dass er einen anderen Titel trägt, hat mit einer pragmatischen Entscheidung zu tun, weil »Amerika« hierzulande und in den Vereinigten Staaten längst zu einem Synonym für die USA geworden ist. Dies lässt aber völlig außer Acht, dass sich heute fast 600 Millionen Menschen in Lateinamerika zu Recht noch immer als Amerikaner (*americanos*) bezeichnen und die Bewohner der USA in Abgrenzung zu ihnen *norteamericanos* nennen. Die Kanadier wiederum verwenden den Begriff »Americans« nicht, weil sich die Englischsprachigen unter ihnen von den USA politisch, kulturell und ökonomisch distanzieren wollen.

Von der »Entdeckung« durch europäische Seefahrer im späten 15. Jahrhundert bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts stand »Amerika« für den gesamten Doppelkontinent und als Synonym für »die Neue Welt«. Die ersten Amerika-Bilder, die Erzählungen vom tropischen Paradies, von Kannibalen und merkwürdigen Tieren, formten sich durch Begegnungen mit Indigenen in der Karibik und in Brasilien. Während der Genuese Christoph Kolumbus bis an sein Lebensende glaubte, 1492 in Indien gelandet zu sein, war es der Florentiner Amerigo Vespucci, der verstand, dass die Küsten, die er entlangfuhr, zu einem »neuen« Kontinent gehörten, weshalb dieser nach ihm benannt wurde. Noch im frühen 19. Jahrhundert sprachen die USA, die den Amerika-Begriff mit der Unabhängigkeitserklärung von 1776 für sich in Anspruch nahmen, von ihren südlichen Nachbarn als »den anderen amerikanischen Republiken«.

Der Begriff »Lateinamerika«, der alle Staaten südlich der USA zusammenfasst, stammt aus der Mitte des 19. Jahrhunderts. Geprägt vom französischen Ökonomen Michel Chevalier, fand der Begriff rasch durch Kaiser Napoleon III. Verbreitung. Denn dieser träumte von einer transatlantischen Einheit romanischer (lateinischer) Völker und wollte den Subkontinent von der angloamerikanischen Welt abgegrenzt wissen, die er als kühl und materialistisch verstand. Der im angloamerikanischen Raum verwendete Begriff der *Western Hemisphere* stammt aus der Mitte des 20. Jahrhundert, als die USA ihre Nachbarn im Süden für den Kriegserfolg gegen die Achsenmächte benötigten und ein hemisphärisches Sicherheitskonzept entwickelten.

Das Buch »Populismus in den USA und Lateinamerika« versteht sich nicht als Handbuch aller populistischer Entwicklungen auf dem Doppelkontinent, sondern als Darstellung jener Parteien oder Bewegungen, die so dominant wurden, dass sie an die Macht kamen oder die nationale Politik entscheidend beeinflussen. Das ist in den USA, Brasilien, Argentinien, Peru, Venezuela, Ecuador und Bolivien der Fall. Kuba wird im vorliegenden Band keine Rolle spielen, obwohl die institutionalisierte Revolution diverse Herrschaftsformen ausbildete, die populistischen Systemen ähneln. Der Unterschied liegt in einer institutionalisierten marxistisch-leninistischen Ideologie, aber vor allem auch darin, dass das kubanische politische System unter Fidel und Raúl Castro kollektivistisch ausgerichtet ist. Die Frage nach der Selbstbestimmung jedes Einzelnen in einer Gemeinschaft spielt nur eine marginale Rolle, auch die Frage der Eliten stellt sich nicht, weil sie Teil eines kollektivistischen Systems sind.

Auf ein eigenes Kapitel zu Populismus-Theorien wird bewusst verzichtet, weil diese aus ihrem jeweiligen historischen Kontext gerissen und angesichts der zahlreichen Länderbeispiele den Rahmen des Bandes sprengen würden. Die hier angestrebte Vielfalt will darlegen, wie anpassungsfähig Populismus sein kann, warum sein strategisches Instrumentarium solche Wirkmächtigkeit entfaltet und unter welchen Umständen. Ebenso sollen im abschließenden Kapitel Möglichkeiten andiskutiert werden, wie populistische Strömungen erfolgreich eingedämmt werden können. Solche Fragen erfordern nicht nur historische Tiefenschärfe, sondern auch den fruchtbaren Dialog zwischen unterschiedlichen Disziplinen der Geschichts- und Politikwissenschaft.